

der SPD im Erlanger Stadtrat  
vertreten durch die Fraktionsvorsitzende Frau Barbara Pfister

und

der Grünen Liste (GL) im Erlanger Stadtrat  
vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Herrn Wolfgang Winkler

sowie

der FDP im Erlanger Stadtrat  
vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Herrn Lars Kittel

vereinbaren was folgt:

### **Präambel**

Im Interesse der Erlangerinnen und Erlanger sowie einer funktionsfähigen Verwaltung verständigen sich die Fraktionen von SPD, GL und FDP auf eine Zusammenarbeit mit dem Ziel tragfähiger Mehrheiten für eine gemeinwohlorientierte Kommunalpolitik mit geordneten Finanzen.

### **I. Abgestimmtes Verfahren**

1. Jede der Fraktionen ist berechtigt, ihr gewichtig erscheinende Punkte der anderen Seite anzuzeigen und für deren Behandlung ein abgestimmtes Verfahren zu verlangen. Ziel ist dabei ein einheitliches Abstimmungsverhalten von SPD, GL und FDP bzw. ein abgestimmtes Vorgehen in der Abstimmung. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen ist zunächst zu versuchen, eine Einigung im internen Kreis herbeizuführen, bevor öffentliche Erklärungen abgegeben werden.

Der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterinnen sowie die Fraktionsvorsitzenden und letztlich die gesamten Fraktionen haben das Ziel, die jeweiligen politischen Anliegen der jeweils anderen Fraktionen zu antizipieren, d. h. alle haben ein Gespür dafür, was für eine andere Fraktion ein gewichtiger Punkt ist bzw. sein könnte.

Gegenstand eines abgestimmten Verfahrens sind stets, ohne dass es eines Verlangens einer Seite bedarf, folgende Entscheidungen:

- a. Besetzung von Führungskräften im Rathaus und bei den städtischen Töchtern einschließlich diese berührende Organisationsfragen

- b. Verabschiedung des kommunalen Haushalts
2. Die Anzeige des gewichtigen Punktes hat so frühzeitig zu erfolgen, dass die anderen Fraktionen ausreichend Gelegenheit zur Beratung (auch mit den Parteigremien) haben. Außerhalb der Ferienzeiten gelten jedenfalls 4 Wochen unwiderlegbar als ausreichend. Die Anzeige soll nach Möglichkeit im regelmäßigen Jour Fixe (kleine Runde) erfolgen.
  3. Mit der Anzeige sind die für eine Beratung notwendigen (Hintergrund)Informationen mitzuteilen.
  4. Erklärt eine der Fraktionen das abgestimmte Verfahren endgültig für gescheitert, wird die Abstimmung grundsätzlich freigegeben. Jede Fraktion hat bei gewichtigen Entscheidungen ein Vetorecht. In diesem Fall muss die kleine Runde einen Ausweg bzw. Kompromiss suchen.

## **II. Sonstiges Verfahren**

Über Punkte, die nicht dem abgestimmten Verfahren unterliegen, soll eine wechselseitige Unterrichtung über das Abstimmungsverhalten auf der Ebene der fachlichen Sprecher erfolgen. Dies soll erforderlichenfalls vor den Gremiumssitzungen, kann aber auch während der Sitzungen geschehen.

Letzteres gilt insbesondere für den Fall während der Gremiumsberatungen neu eingeführter Informationen oder dort erstmals gestellter Anträge. Auf Verlangen einer Fraktion haben die Fraktionen gemeinsam auf eine Vertagung, hilfsweise eine Sitzungsunterbrechung hinzuwirken. Anderenfalls ist die Abstimmung freigegeben.

## **III. Erkennbarkeit der Positionen der jeweiligen Fraktionen**

Alle Fraktionen haben einen Anspruch darauf, dass ihre Position - auch in den Fällen des abgestimmten Verfahrens - während der Verhandlungen und in der Gremiumssitzung grundsätzlich erkennbar bleibt. Änderungen von Verwaltungsvorlagen, die auf Anregungen einer Fraktion zurückgehen, sollen als solche in geeigneter Weise erkennbar bleiben.

Abweichend hiervon können die Fraktionen im Einzelfall Vertraulichkeit vereinbaren.

#### **IV. Gemeinsame Treffen**

Die Fraktionen vereinbaren eine feste monatliche Zusammenkunft (kleine Runde), die grundsätzlich am Montag vor der Stadtratssitzung, regelmäßig von 18.00 bis 19.30 Uhr stattfinden soll.

In etwa quartalsmäßigem Turnus treffen sich die Fraktionen mit jeweils maximal 5 Teilnehmern („3 x 5“) + OB (große Runde).

#### **V. Personalfragen**

Die Fraktionen der SPD, GL und FDP unterstützen die Wahl von Frau Dr. Elisabeth Preuß zur zweiten ehrenamtlichen Bürgermeisterin (BMin2) sowie die Wahl von Frau Susanne Lender-Cassens zur ersten ehrenamtlichen Bürgermeisterin (BMin 1), die beide in Vollzeit tätig sein werden.

Die Fraktionen sind sich einig, dass während der Legislaturperiode eine Referenten- bzw. Koreferentenstelle eingespart wird.

Die Fraktionen sind sich einig, dass der SPD das Benennungsrecht für die Nachfolge des Referats IV (Bildung, Kultur) zusteht.

Die Fraktionen sind sich auch darüber einig, dass Konrad Beugel sein Referat behält und für den Fall, dass er aus seinem Amt ausscheidet, der CSU das Vorschlagsrecht für ein Referat gebührt.

Im Übrigen sollen Personalbesetzungen grundsätzlich allein aufgrund Qualifikation erfolgen, bei gleicher Qualifikation sollen bevorzugt Frauen, Menschen mit Behinderung bzw. Personen mit Migrationshintergrund ausgewählt werden.

#### **VI. Konkrete Absprachen**

Die Fraktionen haben neben dem vorstehend geregelten allgemeinen Umgang miteinander und den vorstehenden Personalfragen auch bereits wesentliche und ganz konkrete Punkte vereinbart. Diese ergeben sich aus dem Anhang 1 und Anhang 2 zu dieser Koalitionsvereinbarung.

Erlangen, den

Erlangen, den

Erlangen, den

Für die SPD-Fraktion:  
Barbara Pfister

Für die GL-Fraktion:  
Wolfgang Winkler

Für die FDP-Fraktion  
Lars Kittel